

Er wendet sich auch gegen die Möglichkeit, wenigstens die nichtentnommenen Gewinne einfach wegzusteuern und sie dann als Staatskredit nach Bedarf der Wirtschaft zurückzugeben. Er fürchtet, daß dann die Unternehmerinitiative gefährdet werden könnte. Trotzdem muß der Anreiz zur Selbstfinanzierung der Unternehmen mittels nichtentnommener Gewinne gemindert werden, wenn nicht auch weiterhin die Masse des neugebildeten Vermögens in die Hände der Unternehmer fallen soll. Sieben glaubt, daß eine Reform der Verhältnisse am Kapitalmarkt dazu in der Lage wäre.

Man kann nicht leugnen, daß diese Feststellungen und Vorschläge, die bemerkenswerterweise in einer Gewerkschaftszeitung veröffentlicht werden, große Mäßigung zeigen. Sie wünschen eine Sozialreform, „ohne daß an dem Fundament unserer Wirtschaftsordnung, dem Privateigentum, gerüttelt wird“. Sie wollen durch stärkste Förderung des Sparens das kleine Eigentum des einzelnen Bürgers stärken. Sie wollen die staatliche Wirtschaftsintervention auf dem Wege der Investitionen einschränken oder wenigstens nicht weiter ausdehnen. Sie wollen die Unternehmergewinne schonend behandeln. Das Ziel ihrer Reform ist nicht ein Versorgungs- und Wirtschaftsstaat, sondern eine Sozialpolitik mit dem Ziel des Ausgleichs unerträglicher Spannungen, die die wirtschaftlichen Grundlagen für eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung sichert.

Sieben hat nicht alle Maßnahmen erwähnt, die zur Ver-

wirklichung der sozialen Gerechtigkeit getroffen werden müssen. So hat er zum Beispiel die Frage des Ausgleichs der Familienlasten nicht berührt, der in einzigartiger Weise zur Milderung der sozialen Spannungen beitragen könnte, weil er die Lage der Familien mit kleinerem und mittlerem Einkommen gründlich verbessern und sie von dem Gefühl der Deklassierung befreien würde. Darum gehört auch die Denkschrift des Familienministeriums vom November 1955 zu den Dokumenten, die über die tatsächliche soziale Lage in der Bundesrepublik objektiv Aufschluß geben (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 156 ff.).

Es ist gerade zu diesem Zeitpunkt eine christliche Gewissenspflicht, sich über alle diese Tatsachen zu orientieren. Der Bundestag steht in den nächsten Monaten vor gesetzgeberischen Beschlüssen von großer sozialpolitischer Tragweite. Wir nennen nur die Reform der Sozialversicherung und die Steuerfrage. Im nächsten Jahr hat das gesamte Volk sein Urteil darüber abzugeben, ob das Parlament den Erwartungen entsprochen hat, die das christliche Gewissen im Namen der sozialen Gerechtigkeit ihm entgegenbringt. Die Bundestagswahl steht längst nicht so sehr wie die Landtagswahlen im Zeichen kulturpolitischer Angelegenheiten; dagegen ist sie viel stärker als diese eine Entscheidung für eine gerechte soziale Ordnung. Im Zusammenhang mit dieser Wahl hat die Pflicht des Christen, im Sinne christlicher Grundsätze zu wählen, den Inhalt, für soziale Gerechtigkeit einzutreten.

Aus der Ökumene

Neuer Affront gegen die Orthodoxie

Ein halbes Jahr nach den Ausschreitungen gegen die orthodoxen Griechen in der Türkei (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 124) wurde die orthodoxe Welt erneut von einem tragischen Ereignis erschüttert: Die Deportierung des Erzbischofs Makarios von Zypern am 9. März ds. Jahres durch die Engländer wurde im Nahen Osten als eine Bräskierung der Gesamtorthodoxie empfunden und rief einmütigen Protest hervor. Je mehr die Einheitsbestrebungen der Orthodoxen durch derartige Ereignisse Auftrieb erhalten, desto überzeugender scheint sich bei ihnen die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Einheit in der Rechtgläubigkeit nur im Gegensatz zum Westen möglich ist.

Der 43jährige Erzbischof Makarios vereinigt in sich nicht nur die Funktionen, sondern auch die Qualitäten des Kirchenoberhaupts und des nationalen Führers, des „Ethnarchen“ der griechischen Bevölkerung auf Zypern. Die nahöstliche Orthodoxie hat bis heute die auf den Verwaltungsprinzipien des ehemaligen türkischen Reiches beruhende Tradition einer engen Verquickung von Kirche und Volkstum nicht überwunden, und die Engländer haben auf Zypern alles getan, um diesen Zustand zu erhalten. Weil sie der Insel bis heute keine echte innere Selbstverwaltung zugestanden haben, gibt es kein von demokratischen Parteien getragenes politisches Leben, und einziger Sprecher der griechischen Bevölkerung ist der griechische Erzbischof und Ethnarch von Zypern. Die Engländer werfen Makarios vor, er habe die Gewalttätigkeiten gegen die britische Verwaltung auf Zypern

nicht zu verhindern gesucht. In der Tat war der Erzbischof die einzige Persönlichkeit, deren Autorität dem Terror hätte Einhalt gebieten können, aber — so entgegen die orthodoxe Kirche auf Zypern — sein Appell an die Bevölkerung hätte nur nach dem Zustandekommen einer Einigung mit den Engländern Erfolg bringen können. Mit seiner Deportierung auf eine Insel im Indischen Ozean scheint jedes Gespräch und jedes Übereinkommen unmöglich gemacht.

Sicherlich wollten die Engländer mit Makarios nur den ihnen unbequemen Volksführer verbannen; dieser ist aber fatalerweise zugleich der Primas einer der fünfzehn autokephalen orthodoxen Kirchen. Daher war die Reaktion der nahöstlichen Orthodoxie äußerst scharf. Die Patriarchate von Alexandrien und Jerusalem, der Exarch des Patriarchen von Konstantinopel in Amerika und der Primas der Kirche von Griechenland forderten den Welttrat der Kirchen auf, unverzüglich Schritte zu einer rückgängigmachung der britischen Maßnahme zu ergreifen. Der Athener Erzbischof Spyridon wandte sich in gleichlautenden Aufrufen an die orthodoxen Patriarchate von Alexandrien, Antiochien, Jerusalem, Rumänien, Serbien und Bulgarien („Ekklesia“, 15. 3. 1956). Bezeichnend für die Gewichtsverschiebungen in der kirchenpolitischen Situation ist es, daß er am 11. 3. an den Moskauer Patriarchen Alexius ein besonderes Telegramm richtete. Anlässlich der Griechenverfolgungen in der Türkei im September vorigen Jahres hatte Spyridon in einem Schreiben an den Erzbischof von Canterbury die Zeiten des Heiligen Russischen Reiches beschworen, dessen christliche Führung solche Ereignisse nicht zugelassen hätte (vgl. Herder-

Korrespondenz ds. Jhg., S. 244). Jetzt wendet er sich mit einem Hilferuf unmittelbar an die Russische Kirche: „Wir protestieren energisch gegen diesen ungesetzlichen Akt, der die dunklen Zeiten der Sklaverei unseres Volkes in Erinnerung ruft. Wir wenden uns mit einem glühenden Aufruf an die russische orthodoxe Schwesterkirche, sie möge getreu ihrer Tradition ... ihre ganze Macht und ihren ganzen Einfluß einsetzen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit für die heiligen Männer der Kirche und der Nation, die für die Befreiung ihres Volkes kämpfen“ („Ekklesia“, 15. 3. 1956; in der TASS-Übersetzung „Isvestija“, 21. 3. 1956: „Für die Befreiung Zyperns“). Der Schock auf die griechische Öffentlichkeit war so stark, daß einige Stimmen in Griechenland mit der Möglichkeit rechneten, daß der Hl. Synod als Nachfolger des am 21. 3. verstorbenen Erzbischofs Spyridon den verbannten Erzbischof Makarios von Zypern zum Oberhaupt der Kirche von Griechenland erheben würde. Unabsehbare Folgen für das Verhältnis Griechenlands zum Westen würden sich aus dieser Maßnahme ergeben haben ... Inzwischen wurde Erzbischof Dorotheos, bisher Bischof von Larissa, zum Primas von Griechenland gewählt. Er versicherte sogleich, daß er das Werk des verstorbenen Erzbischofs Spyridon als Führer der Volksbewegung für den Anschluß Zyperns an Griechenland fortsetzen werde. Der Weltrat der Kirchen hat die Gefahr des Abgleitens der orthodoxen Kirchen in das Fahrwasser der östlichen Politik klar erkannt. Das Vorgehen der Engländer gegen Makarios, sagte Dr. Visser 't Hooft am 13. 3. in einer persönlichen Stellungnahme, sei „nicht im Sinne der besten Traditionen britischer Staatskunst“ und „gefährde die Bemühungen des Weltkirchenrats, westliche und östliche Christen zusammenzubringen, und werde — falls die Maßnahme unkorrigiert bleibt — ernste Folgen für die gesamten Beziehungen zwischen den orthodoxen Völkern und denen des Westens haben“ (ÖkPD Nr. 11 vom 16. 3. 1956). Bischof D. Otto Dibelius richtete an den orthodoxen Theologieprofessor Hamilcar Alivisatos, Athen, ein Schreiben, in dem er der Hoffnung auf eine friedliche Lösung Ausdruck gab. Die Kommission für internationale Angelegenheiten, deren Leiter Dr. Kenneth Grubb, London, in ständiger Fühlung mit den in den Zypern-Konflikt verwickelten Regierungen und Kirchen steht, veröffentlichte am 27. 3. einen Bericht zur Zypern-Frage, in dem sie auf der schon 1954 von ihr geforderten formellen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Zyprioten und auf einer schrittweisen Durchführung der Selbstverwaltung unter Berücksichtigung der internationalen Gesamtlage besteht (ÖkPD Nr. 13/14 vom 30. 3. /6. 4. 1956). Die britische Regierung ist inzwischen von dem Leiter der Kommission gefragt worden, unter welchen Bedingungen sie einer Rückkehr des Erzbischofs Makarios nach Zypern zustimmen würde.

Moskau nützt die Lage aus

Der Erzbischof von Canterbury, Dr. G. Fisher, vermochte das Verhalten der britischen Regierung nicht zu verurteilen. Während er den griechischen Orthodoxen einzureden suchte, daß in der englischen Geschichte eine solche Verbindung der kirchlichen und politischen Belange nicht möglich gewesen sei, und während er in einer Oberhausrede die Orthodoxen „in aller Freundschaft“ aufforderte, die Konsequenzen ihrer politischen Handlungen anzunehmen, trifft die Sowjetführung eine Maßnahme nach

der anderen, um die Herauslösung der orthodoxen Kirchen und Völker aus den noch bestehenden Bindungen zur westlichen Welt zu forcieren. Zwar antwortete Patriarch Alexius am 19. 3. sehr vorsichtig und zurückhaltend auf das Telegramm des Athener Erzbischofs und ohne auf den Hilferuf einzugehen („Prawda“ und „Isvestija“, 21. 3. 1956). Es mag dies mancherlei Gründe haben: Die zyprische Kirche hatte bisher konsequent die kirchenpolitischen Bestrebungen des Moskauer Patriarchats abgelehnt, und ihre Beziehungen zur russischen sind äußerst kühl; andererseits mag es den Sowjets im Hinblick auf den damals bevorstehenden Englandbesuch Bulganins und Chrustschews und die von ihnen zur Zeit betriebenen, betont freundlichen kulturellen Kontakte mit den Engländern nicht ratsam erscheinen, die Atmosphäre der kommenden Gespräche durch ein Eintreten für Makarios zu trüben. Vielleicht hält man im Kreml auch gewisse Rücksichten gegenüber der Türkei für angebracht, die von den Sowjets neuerdings umworben wird und die ihre eigenen, den griechischen widersprechenden Interessen auf Zypern vertritt. Aber angesichts der Brüskierung des orthodoxen Gefühls durch die Engländer und der sich hieraus ergebenden neuen Chancen für die Sowjetpolitik im Nahen Osten muß es doch als äußerst bedeutsam angesehen werden, daß der sowjetische Ministerpräsident Bulganin am 26. 3. den Patriarchen Alexius und den Metropoliten Nikolai empfing („Isvestija“, 27. 3. 1956). Wohl ist über diese Unterredung (die vierte dieser Art nach dem Empfang der Kirchenführer durch Stalin am 4. 9. 1943) nichts verlautbart worden; doch kann in Analogie zur bisherigen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Sowjetstaat und Kirche angenommen werden, daß auch dieser neuerliche Kontakt für außenpolitische Schritte richtungweisend war und die Möglichkeiten der russischen Kirchenpolitik im Nahen Osten zur Sprache gekommen sind.

Sowjetische Religionspolitik im Nahen Osten

Auch über die in aller Welt verstreute armenische (monophysitische) Kirche, deren Oberhaupt in der Sowjetrepublik Armenien residiert, versuchen die Sowjets, Einfluß auf die politische Entwicklung im Nahen Osten zu nehmen.

Am 29. 9. 1955 trat in Etschmiadzin (Armenien) ein Nationalkonzil der armenischen Kirche zusammen, um einen neuen Katholikos-Patriarchen zu wählen. Den Delegierten der armenischen Patriarchate und Eparchien, die aus Nord- und Südamerika, aus den westeuropäischen, den arabischen und den Balkanländern gekommen waren, wurde die gleiche Zusammenarbeit zwischen Kirche und Sowjetstaat vordemonstriert, wie sie sich im Verhältnis zur orthodoxen Kirche herausgebildet hat. Zum neuen Katholikos-Patriarchen wurde Bischof Vazgen Baljian, bisher Oberhaupt der Armenier in Rumänien und Bulgarien, gewählt. Er hat sich besonders in der internationalen Friedensbewegung hervorgetan. Anfang Februar begab sich der neue Katholikos, nachdem er sich zuvor in Moskau Weisungen geholt hatte, auf eine Reise zu den ausländischen Katholikaten und Eparchien der armenischen Kirche. Hauptzweck seiner Reise war es, die Verhältnisse im Patriarchat Sis (Kilikien) zu ordnen. Dieser selbständige Patriarchensitz, dem die Kirchenprovinzen Syrien, Libanon, Zypern, Ägypten und Mesopotamien unterstehen, war seit 1952 verwaist. Heftige Parteikämpfe, insbeson-

dere der ideologische Gegensatz zwischen der nationalistischen Rechten und der kommunistischen Linken unter den ca. 200 000 Armeniern der genannten Länder hatten bisher eine Neuwahl verhindert. Man hatte sich schließlich entschlossen, die Vermittlung des obersten Katholikos-Patriarchen in Etschmiadzin anzurufen. Sein Erscheinen kam einer Sensation gleich, denn der oberste Katholikos der Armenier hat seit Jahrhunderten die Grenzen seines Patriarchats nicht verlassen. In Beirut wurde er von Tausenden seiner Anhänger stürmisch begrüßt. Sein eigentliches Ziel war es, das wichtige Katholikats Sis wieder fester an die armenische Heimatkirche zu binden — vielleicht drängte er auf ein klares Unterstellungsverhältnis. Sein Bemühen, angesichts starker Opposition mit Hilfe seiner linkssozialistischen Anhänger die Patriarchenwahl zunächst zu verschieben, schlug trotz versuchter Gewaltanwendung — es kam zu tumultuarischen Szenen in der Patriarchenkathedrale — fehl. Kurz vor der Wahl reiste er nach Ägypten ab, wo er sich fast einen Monat lang aufhielt. Am 1. 3. hatte er ein „freundschaftliches Gespräch“ mit Ministerpräsident Nasser. Nächste Station seiner Reise war Rom.

Die Wahl des bisherigen Bischofs von Aleppo, Zareh Payaslian, zum Katholikos von Sis wird als ein Erfolg derjenigen armenischen Kreise im Nahen Osten aufgefaßt, die — bei Anerkennung der geistlichen Oberhoheit des Katholikos-Patriarchen in Etschmiadzin — jeden sowjetarmenischen Einfluß auf die armenische Kirche im Ausland ablehnen.

Dieser Mißerfolg konnte auf dem Sektor der islamischen Beziehungen mit einer großen Demonstration sowjet-arabischer Freundschaft in Damaskus wettgemacht werden. Hier wurde am 18. 3. in einem der größten Kinetheater seitens des sowjetischen Stalinpreis-Komitees dem Scheich Mohammed al-Aschmar der internationale Stalin-Friedenspreis verliehen. Die Reden, die in Gegenwart zahlreicher Minister, hoher Beamter und bekannter Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens der arabischen Länder gehalten wurden, enthielten scharfe Äußerungen an die Adresse der „imperialistischen Mächte“. Scheich Mohammed al-Aschmar, der den Segen Allahs auf die Friedensbewegung herabrief, sagte, er fasse seine Auszeichnung als eine Anerkennung für den Befreiungskampf des syrischen und aller anderen arabischen Völker auf. Die Bedeutung, die man in Moskau diesem Ereignis und der Propaganda unter den Arabern beimißt, dokumentierte sich in der großen Aufmachung der Berichte in der zentralen Moskauer Presse vom 20. 3.

Unklare Lage im Patriarchat Jerusalem

Mit Unterstützung der Sowjetregierung arbeitet das Moskauer Patriarchat seit langem daran, seinen Einfluß auch über das Jerusalemer Patriarchat auszudehnen. Die verworrene Lage in diesem Patriarchat und das Problem seiner Stellung gegenüber der russischen Kirchenpolitik sind in ein neues Stadium getreten, nachdem der 77jährige Patriarch Timotheos nach langer Krankheit am 31. 12. 1955 verstorben ist.

Da der orthodoxe Patriarch von Antiochien bereits eng mit Moskau zusammenarbeitet und in letzter Zeit auch der Patriarch von Alexandrien — zumindest was seine eigene Person betrifft — gewonnen werden konnte, würde, falls ein russisch orientierter Patriarch den Thron von Jerusalem besteigt, der russische Einfluß auf die nächst-

liche Orthodoxie durchgehend gesichert sein. Das Patriarchat Konstantinopel, das sich bisher dem russischen Einfluß konsequent entzogen hat, wäre isoliert.

Eine solche Entwicklung scheint durch die Schwächung des britischen Einflusses im Nahen Osten, wo nun auch nach der Entlassung Glubb Paschas die Position Jordaniens fraglich ist, begünstigt. Falls sich Jordanien, in dessen Gebiet die Residenz des Jerusalemer Patriarchen liegt, nach ägyptischem Beispiel zum neutralistischen Spiel entschließt, kann mit erheblichen Rückwirkungen auf die Lage des Patriarchats gerechnet werden.

Arabische Wünsche und russisches Werben

Aber die Russen, die das arabische Element unterstützen, werden anscheinend so lange nicht zum Zuge kommen, wie das griechische Element die Führung im Patriarchat aufrechterhält. Doch können sich diese Fronten rasch ändern, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Russen mit Rücksicht auf die von ihnen zur Zeit umworbenen orthodoxen Griechen die Propaganda unter den orthodoxen Arabern in Israel für einen Anschluß an das (arabische) Patriarchat Antiochien einstellen. Wir haben seinerzeit berichtet, daß mit einem Erfolg dieser Bestrebungen das Jerusalemer Patriarchat seine Gemeinden in Israel verlieren würde. Dieser Entwicklung versuchte der verstorbene Patriarch in taktisch kluger Weise entgegenzuwirken, indem er einen fähigen (griechischen) Archimandriten, Isidor, der das Vertrauen der arabischen Gemeinden erwarb, nach Nazareth schickte und kurz vor seinem Tode zum Metropolit weihete. Damit ist die Forderung der arabischen Gemeinden in Israel nach einem möglichst unabhängigen Erzbischof erfüllt, und die in der israelischen Presse aufgetauchten — von „Proche Orient Chrétien“ als „kindliche Träume“ bezeichneten — Kombinationen, die voreilig oder interessiert von der möglichen Errichtung eines selbständigen (arabischen?) Patriarchats in Nazareth oder eines Anschlusses der Eparchie Nazareth an das arabische Patriarchat Antiochien sprachen, verlieren erheblich an Wahrscheinlichkeit.

Im Hinblick auf die zukünftige Stellung des Jerusalemer Patriarchats verdienen israelische Pressestimmen (wiedergegeben in „Proche Orient Chrétien“, 1, 1954) und anderwärts geäußerte Verdächtigungen einer prosowjetischen Einstellung des Patriarchatsstatthalters, des Metropoliten Athenagoras von Sebaste, und des Metropoliten Isidor Beachtung. Beide Hierarchen gelten als Kandidaten für den Patriarchenthron. Diese Kombinationen gründen sich auf Beobachtungen des kanonisch korrekten und sehr freundlichen Verhältnisses zwischen den Vertretern des Patriarchats Jerusalem und der Moskauer Geistlichen Mission im Heiligen Land. „Proche Orient Chrétien“ hat aber mit Recht darauf hingewiesen, daß insbesondere der Metropolit Isidor nicht umhinkann, mit Rücksicht auf seine meist kommunistischen arabischen Gläubigen gute Beziehungen mit der in Israel zugelassenen russischen Mission zu unterhalten. Und wenn, müssen wir hinzufügen, der Metropolit Athenagoras von Sebaste Pfingsten 1951 einen Toast auf den Moskauer Patriarchen ausbrachte (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 292), ja wenn der verstorbene Patriarch sogar den Moskauer Wünschen hinsichtlich der Auslandsrussen entgegenkam (7. Jhg., S. 310, 455), so liegt auch das alles im Rahmen der kanonischen Beziehungen zwischen autokephalen Kirchen. Es kann andererseits beobachtet werden, daß das Jerusa-

lemer Patriarchat die Gefahr eines Abgleitens in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit bisher immer klar erkannt und in solchen Fällen seine Selbständigkeit gewahrt hat. So hat es die meisten kirchenpolitischen Aktionen Moskaus nicht unterstützt und insbesondere den massiven Geldangeboten Moskaus bisher konsequent widerstanden. Der Patriarch von Alexandrien scheint während seines Aufenthaltes in Moskau (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 244) auch um finanzielle Zuwendungen für seinen Amtsbruder in Jerusalem gebeten zu haben. Am 8.9.1955 betonte das Jerusalemer Patriarchat in einem offiziellen Kommuniqué, daß der Patriarch von Alexandrien nicht befugt gewesen sei, eine solche Bitte in Moskau vorzutragen (Proche Orient Chrétien, 4, 1955, S. 339).

Griechischer Nationalismus

Unerfüllt bleibt immer noch die arabische Forderung nach Beteiligung an der obersten Kirchenführung. Die Griechen betrachten das Jerusalemer Patriarchat als eine Bastion des Griechentums und werden sich zu keinen Zugeständnissen bereit finden. In letzter Zeit hat die weltliche und kirchliche Presse Griechenlands wiederholt auf die schwierige Lage und die Bedeutung des Patriarchats von Jerusalem für die Sache des Hellenismus im Nahen Osten aufmerksam gemacht. Auch das Patriarchat Konstantinopel hat mehrmals die Notwendigkeit einer Unterstützungsaktion für das gefährdete Jerusalemer Patriarchat durch die griechische Regierung betont.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Patriarchats datieren nicht erst seit dem Palästina-Krieg. Schon zu den Zeiten des britischen Mandats bedurfte es mehrmaliger Intervention der Mandatsmacht, um die finanziellen Verhältnisse der Patriarchatsverwaltung zu ordnen. Aber die Lage verschlechterte sich mit dem Palästina-Krieg katastrophal. Wohl verfügt das Patriarchat über Besitz in Zypern, der Türkei, Griechenland, Arabien, aber sein Besitz auf israelischem Boden kann für die zahlreichen Aufgaben, die dringend gelöst werden müssen, nicht herangezogen werden (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 322). In hervorragender Weise hat gerade der verstorbene Patriarch Timotheos es verstanden, trotz der ungeheuren Belastung durch die Hilfe für die aus Israel geflohenen Araber die pädagogischen, sozialen und caritativen Einrichtungen des Patriarchats aufrechtzuerhalten. Aber noch sind die Kriegsschäden nicht behoben, für deren Beseitigung „Apostolos Andreas“ die Summe von 500 000 palästinensischen Pfund nannte. Das Wochenblatt des Patriarchen von Konstantinopel bezeichnete die Aufbringung dieser Summe als eine national-religiöse Notwendigkeit im Interesse der griechischen Orthodoxie, da die Feinde der Orthodoxie, die über unerschöpfliche wirtschaftliche und politische Mittel verfügten, die schwierige Lage des Jerusalemer Patriarchats ausnutzten, um sich alles das anzueignen, was die Orthodoxie über tausend Jahre bewahrt habe (Apostolos Andreas, 17. 11. 54). Das viel ernstere Problem ist aber die geringe Zahl von Griechen im Patriarchat. 50 000—60 000 Arabern steht eine

Führungsschicht von nur 500 Griechen gegenüber, die sich zum großen Teil aus früher sehr wohlhabenden Kaufleuten und Gewerbetreibenden rekrutieren, die im neuen Teil Jerusalems ansässig waren, dann aber unter Zurücklassung ihrer Habe fliehen mußten. Die eigentliche Stütze des Patriarchats sowohl im Kampf um die Erhaltung der orthodoxen Vorrechte an den hl. Stätten als auch um die Position des Griechentums ist die Bruderschaft vom Hl. Grab, deren Mitgliederzahl aber auf 126 gesunken und deren Überalterung alarmierend ist. Ohne Erfolg bemüht sich der Hl. Synod von Griechenland um eine Verbesserung der Lage der Bruderschaft. Für solche griechische Schüler, die nach Abschluß der Volksschule an das vom Patriarchat in Jerusalem unterhaltene Gymnasium gehen und sich verpflichten, nach dessen Absolvierung in den Bruderschaftsklerus einzutreten, stehen Stipendien zur Verfügung (Ekklesia, 1954, S. 387). „Apostolos Andreas“ charakterisierte die Lage als einen Verteidigungskampf gegen Katholizismus und Sowjeteinfluß: „Alle Geistlichen und Mönche, die sich zum Dienst an den hl. Stätten begeben, müssen sich von dem Glauben leiten lassen, daß sie eine Front zu halten haben. Die Wichtigkeit dieser Front wird noch größer, wenn man berücksichtigt, daß sich in letzter Zeit zum Katholizismus, der die griechische Orthodoxie bekämpft, auch noch die russische Propaganda gesellt hat, die die Kleriker von Jerusalem mit großen Versprechungen lockt. Ein Geheimnis umgibt die Tätigkeit der russischen ‚Palästina-Gesellschaft‘, die gewissen Informationen zufolge begonnen hat, sich seit einiger Zeit an den hl. Stätten einzunisten . . . Das russische Konsulat in Tel-Aviv hat kürzlich eine besondere Abteilung für kirchliche Angelegenheiten eingerichtet . . .“ Das Blatt fährt fort, das Patriarchat Jerusalem habe sich bisher hartnäckig dem sowjetischen Einfluß widersetzt, doch gäben die sowjetischen Absichten genug Anlaß, über die Gefahren besorgt zu sein, die den griechischen Wallfahrten zu den hl. Stätten drohen (Apostolos Andreas, Nr. 181, 1954).

Es ist nur zu hoffen, daß das orthodoxe Patriarchat von Jerusalem für seinen verzweifelten Existenzkampf in seinem neuen Patriarchen, dessen Wahl bevorsteht, einen würdigen Führer finden möge. Dabei sollte es nicht vergessen, daß es in erster Linie ein christliches Patriarchat, nicht ein griechisches ist! In einem Kommentar zu griechischen Pressestimmen, die zu einem nationalen Kreuzzug zur Unterstützung des Jerusalemer Patriarchats aufriefen, schrieb die Zeitschrift der Weißen Väter in Jerusalem, deren Wohlwollen und Objektivität gegenüber den Orthodoxen ein schönes Beispiel christlicher Solidarität ist: „Dieser Appell . . . läßt erkennen, daß die Sache der Orthodoxie in Palästina mit derjenigen des Hellenismus identifiziert wird, mit jener nationalistischen Fortsetzung der byzantinischen Theokratie. Möge dies indessen nur ein Hilfsmittel sein und nicht dem wahren, übernationalen christlichen Geist schaden, nach dem die Gläubigen der Heiligen Kirche von Zion seit langem — und zwar, wie uns scheint, in legitimer Weise — streben!“ (Proche Orient Chrétien, 1954, S. 79.)